

„Sinnloser Eingriff ins Vertragsrecht“

Der Vorsitzende des Vereins der Haus- und Grundbesitzer sieht Barleys Entwurf kritisch

AZ: Herr Stürzer, was halten Sie von dem Gesetzentwurf von Justizministerin Katarina Barley bezüglich einer Neuregelung der Maklergebühr? Ist das „Bestellerprinzip“ tatsächlich ein Weg, um die Kosten bei Immobilienkäufen zu senken oder handelt es sich dabei um reinen Populismus?

RUDOLF STÜRZER: Ich halte es für einen sinnlosen Eingriff in das Vertragsrecht. Schließlich handelt es sich bei den Vertragspartnern um mündige Bürger.

Also stimmt die landläufige Meinung vom reichen Verkäufer und armen Käufer nicht? Nein, gerade beim Immobilien-

AZ-INTERVIEW
mit
Rudolf Stürzer



Der Rechtsanwalt und Fachbuchautor ist seit 2000 Vorsitzender des Haus- und Grundbesitzervereins München und Umgebung.

kauf befinden sich beide Parteien auf Augenhöhe. Wer in einem Ballungsraum wie München mehrere Hunderttausend

Euro für eine Immobilie ausgeben kann, ist meist sogar in einer besseren finanziellen Position als ein Verkäufer, den vielleicht Schulden, Krankheit, Erbstreitigkeiten oder andere Zwänge plagen. Da sind 3,57 Prozent Maklerprovision vom Verkäufer und 3,57 Prozent Maklerprovision vom Käufer – so wie es in Bayern und fast im gesamten Bundesgebiet der Regelfall ist – doch fair.

Gibt es noch weitere Nachteile bei dem Gesetzentwurf?

Ja, die gibt es. Wenn der Verkäufer auf den Maklerkosten sitzenbleibt, ist die Gefahr doch groß, dass er diese einfach an den Käufer weiterreicht und so den Kaufpreis in die Höhe treibt. Das hätte wiederum zur Folge, dass die Grunderwerbssteuer steigt, die Notarkosten anwachsen und sich die Grund-

bucheintragung verteuert. Kurzum: Der Staat würde weiter an der Preisspirale drehen. **Auch die Situation der Makler würde sich durch das Gesetz nicht gerade verbessern, oder?** Nein, würde sie nicht. Es würden immer mehr Immobilien frei verkauft werden, also ganz ohne Makler und Provision. Die Folge wäre eine Marktbereinigung in der ganzen Maklerbranche. Heißt: Die kleinen Makler würden verschwinden und die großen bleiben.

Also sind Sie strikt gegen Barleys Gesetzentwurf?

Ja, gerade die SPD plädiert doch immer für den mündigen Bürger. Dieses Gesetz ist da absolut kontraproduktiv. Generell ist doch festzustellen, dass sich der Staat in immer mehr Bereiche einmischt, wo er nichts zu suchen hat. Das ist bedauerlich.

Interview: Clemens Hagen